
TOP Ic Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik: Aussprache zur Rede des Präsidenten und zum Leitantrag - Aktuelle Fragen der ärztlichen Berufsausübung

Titel: Cannabislegalisierung - effektive Prävention

Beschluss

Auf Antrag von Dr. Paula Hezler-Rusch, Dr. Detlef Lorenzen, Dr. Christoph Ascheraden Freiherr Schoultz von, Dr. Norbert Fischer und Dr. Karl Amann (Drucksache Ic - 86) beschließt der 126. Deutsche Ärztetag 2022:

Bereits der 125. Deutsche Ärztetag 2021 hat für den Fall einer kontrollierten legalen Cannabisabgabe, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, die Etablierung wirksamer Präventionsmaßnahmen gefordert. Die großen Suchtfachgesellschaften formulieren hierzu u. a. folgende Eckpunkte:

Essenziell sind die Priorisierung und der Ausbau des Jugendschutzes sowie die Prävention des problematischen Konsums durch strukturelle Maßnahmen:

- begrenzte Anzahl und begrenzte Öffnungszeiten der Verkaufsstellen. Mindestabstand zu Schulen und Freizeiteinrichtungen
 - kein paralleler Verkauf von Alkohol und Tabak oder gleichzeitiger Glücksspielangebote
 - kein Konsum an den Verkaufsstellen
 - legale Abgabe erst ab dem 18. Lebensjahr
 - Mengenbegrenzung beim Verkauf und Festlegung eines maximalen Tetrahydrocannabinol-Gehalts und Untersagung von Mischprodukten (synthetische Cannabinoide) und Produkten mit schwer abschätzbarer Resorption (bspw. essbare Produkte/edibles)
 - Verbot direkter und indirekter Werbung
 - werbefreie Verpackung und Angabe von Tetrahydrocannabinol- und Cannabidiol-Gehalt
 - Anbau und Vertrieb durch staatliche Stellen
 - konsequente Unterbindung illegaler Verkaufswege
 - Bereitstellung der aus dem Verkauf von Cannabis generierten Steuereinnahmen für die Prävention, Frühintervention, Therapie und Forschung
 - Etablierung einer umfassenden Begleitforschung
-

Der 126. Deutsche Ärztetag 2022 fordert den Gesetzgeber auf, die formulierten Eckpunkte aufzunehmen und umzusetzen.

Begründung:

Insbesondere bei jugendlichen Konsumenten führt Cannabis in einem erheblichen Prozentsatz (rund neun Prozent der Konsumenten) zu gesundheitlichen Schäden und Beeinträchtigungen in ihrer schulischen und beruflichen Entwicklung. Die Erfordernis von Maßnahmen zum Schutz der Jugend kann im Fall der laut Koalitionsvertrag vorgesehenen lizenzierten legalen Abgabe von Cannabis nicht hoch genug bewertet werden.